

FORUM

Vergessener Klimaschutz

Die Regierung wollte sich für einen globalen Emissionshandel einsetzen.

Getan hat sie wenig **VON JÜRGEN HACKER**

Es ist löblich, dass der Weltsicherheitsrat am 20. Juli auf Initiative und unter Vorsitz Deutschlands über die Auswirkungen des Klimawandels auf den Weltfrieden und die territoriale Integrität einzelner Staaten diskutierte und einstimmig seine Besorgnis über diese Gefahren zum Ausdruck brachte. Doch ändert dies nichts daran, dass die UN-Klimaschutzverhandlungen festgefahren sind. Zwar hat man sich auf das Zwei-Grad-Ziel verständigt, ist ihm aber auch in diesem Jahr keinen Schritt näher gekommen.

Dabei ist die Lösung für einen wirksamen globalen Klimaschutz längst bekannt: Es ist ein globales System handelbarer Emissionsrechte. Nur ein solches System, das langfristig alle Länder und alle Wirtschaftssektoren einbezieht, kann die drastische Verminderung der globalen Treibhausgasemissionen zuverlässig sicherstellen und gleichzeitig die unvermeidlichen Kosten für die Weltwirtschaft und damit die weltweiten Wohlstandsverluste minimieren.

Die Klimawissenschaft kann mittlerweile angeben, wie viele Treibhausgase global in den nächsten Jahrzehnten emittiert werden dürfen, damit das Zwei-Grad-Ziel nicht gerissen wird. Dadurch ist das jährliche Emissionsrechtebudget, das der Weltwirtschaft zur Verfügung steht, definiert. Die Rechte werden weltweit versteigert und sind anschließend frei handelbar. Die Gesetze des Marktes stellen sicher, dass weltweit Emissionen dort reduziert werden, wo dies zu den geringsten Kosten möglich ist.

Zwar könnten unabhängige nationale Systeme in der Summe ökologisch genauso treffsicher sein wie ein globales System, aber wegen der Größe der Herausforderung wird das volle ökonomische Potenzial gebraucht. Denn je größer die spezifischen Kostenunterschiede innerhalb der Systemgrenzen sind, desto größer ist auch das wirtschaftliche Einsparpotenzial. Ein regionales System hat deshalb ein größeres Einsparpotenzial als unabhängige nationale Systeme, und ein globales System ist effizienter als unabhängige regionale Systeme.

Ein globales System hat außerdem den Vorteil, dass auch die Gefahr der Verlagerung von emissionsintensiven Industrien und den an ihnen hängenden Arbeitsplätzen in Länder ohne gleichwertige Klimaschutzpolitik deutlich reduziert wird. Mit dieser Drohung wurden bisher fast alle nationalen Initiativen zur Einführung solcher Systeme politisch blockiert.

Theoretisch können verschiedene nationale Systeme auch später miteinander verbunden, »verlinkt« werden, wie es neu-deutsch heißt. Die praktische Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt aber, dass es ohne eine von Anfang an vereinbarte Verlinkung nationale Systeme wohl gar nicht erst geben wird.

Ein weiterer wichtiger Vorteil eines globalen Systems ist, dass es das Ganze einfacher und weniger bürokratisch macht, insbesondere die erstmalige Verteilung der Emissionsrechte.

Die vollständige Versteigerung der Rechte würde ferner die UN-Verhandlungen entschärfen, denn es müssten keine starren und damit problematischen Emissionsgrenzen für die Volkswirtschaften einzelner Staaten mehr verhandelt werden. Es ginge nur noch um deren Anteile am globalen Rechtebudget, genau genommen sogar nur um die Anteile an den Versteigerungserlösen.

Diese Erlöse sollten in gerechter Weise auf die Staaten aufgeteilt werden. Langfristig für alle akzeptabel erscheint nur das Pro-Kopf-Kriterium. Natürlich würde dies einen großen Geldtransfer von den reichen zu den armen Ländern bedeuten; aber das ist nur gerecht, denn alle Menschen haben dieselben Grundrechte einschließlich des Rechts auf Nutzung der Erdatmosphäre. Deshalb sollten die Regierungen die Versteigerungseinnahmen auch direkt an ihre Bürger weiterleiten. Jedenfalls gehören die

Erlöse weder der emittierenden Industrie noch den Ministerialbürokratien.

Bereits heute könnte mit der Verlinkung der bestehenden und geplanten regionalen und nationalen Systeme (EU und Neuseeland mit Australien, Japan, Korea, China, USA, Mexiko) begonnen werden. Durch das schrittweise Andocken weiterer Staaten (Brasilien, Indien, Indonesien) entstünde auf diese Weise ein globales System.

Ein solches System, das aus nach und nach immer stärker miteinander verbundenen nationalen und regionalen Emissionshandelssystemen besteht, bis 2020 zu schaffen ist ambitioniert, aber nicht unerreichbar. Bis 2025 ist ein globales System zwingend, wenn Kli-

maschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll. Denn kein anderes Politikinstrument kann auch nur annähernd die gleiche ökologisch effektive und gleichzeitig ökonomisch effiziente Zielerreichung gewährleisten wie ein sinnvoll gestaltetes System handelbarer Emissionsrechte. Ein globales System bis spätestens 2025 ist daher zwingend notwendig.

Auch die deutsche Bundesregierung kennt diese Lösungen, hat sie doch im Koalitionsvertrag folgende Festlegung aufgenommen: »Der Emissionshandel ist das zentrale Klimaschutzinstrument. Er soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Wir werden Initiativen ergreifen, um regionale Handelssysteme zu verbinden und in das internationale System schrittweise weitere Bereiche miteinzubeziehen.«

Bisher allerdings sind solche Initiativen nicht zu erkennen. Können die Bundeskanzlerin und ihre für dieses Thema zuständigen Minister sich an diese Koalitionsvereinbarung überhaupt noch erinnern? Wann werden sie, um eine Formulierung des neuen FDP-Vorsitzenden Rösler aufzugreifen, endlich »liefern«? Da die Festlegungen ein Wunsch der FDP waren, sind jetzt vor allem ihre Minister gefordert: Außenminister Guido Westerwelle, Wirtschaftsminister Philipp Rösler und Entwicklungsminister Dirk Niebel.

JÜRGEN HACKER



ist Umweltmanagement-Berater in Berlin. Bis vor Kurzem war er Vorsitzender des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK)

Alle Macht der Glotze

Auf der Berliner Funkausstellung versuchen die Hersteller, das Internet in die Wohnzimmer zu bringen **VON MARCUS ROHWETTER**

Wenn der Sommer seinem Ende entgegengeht, ist Ifa-Zeit. Alle Jahre wieder zeigen die großen Technikfirmen der Welt auf der Berliner Funkausstellung, welche Geräte sich die Konsumenten kaufen sollen, um möglichst gut unterhalten im eigenen Wohnzimmer überwintern zu können. Und wieder spielt

DER STANDPUNKT:

Alle Jubel um Tablets und Smartphones zum Trotz: Der Fernseher wird das wichtigste Unterhaltungsgerät bleiben

was er in den vergangenen Jahrzehnten stets gewesen ist: das Gravitationszentrum der häuslichen Unterhaltung.

Das bedeutet nicht, dass sich der Fernseher nicht verändert. Das tut er jedes Jahr, von Ifa zu Ifa, und stets lieferte die technische Aufrüstung den Herstellern das wichtigste Verkaufsargument. Erst flach, dann hochauflösend, dann mit dreidimensionalem Bild, nun als intelligenter Monitor: Smart TVs sind

das Bindeglied zwischen Fernseher und Internet. Sie schlagen die Brücke zwischen passivem Fernsehen und aktivem Surfen.

Es bietet sich ja auch an, die Apple TV, die Amazon Tube oder digitalen Videotheken von iTunes auf dem großen Bildschirm zu zeigen. Warum soll man Videogespräche vom Sofa aus führen? Werden sie in Zukunft ermöglichen, ohne dass man allerlei Zusatzgeräte anschließen muss?

Das spannendste Gerücht dieses Jahres besagt, dass Apple neben der klassischen Set-Top-Box einen eigenen Smart TV bringt. Schon früher wurde darüber offiziell bestätigt ist nichts. Aber es ist ein Manager vervollständigen, der die Kosmos der Unterhaltung einzulassen steht im Fall von Apple derzeit auf dem iPhone, iPods und iPads, während die Inhalte dazu liefert. Mit einem Apple TV-Spaßuniversum komplett, die Rechte der Kundschaft auf allen Kanälen.

Doch der Fernseher des Netzzeitalters ist nur Vor-, sondern auch Nachteile. Ein Ding noch vernünftig steuern. Die Fernbedienung ist schon heute ein Problem. Darauf befinden sich Dutzende von Tasten, denen man sich den Weg durch komplexe Menüs und Untermenüs bahnen muss. Von der Bedienung mit der sich moderne Smartphones bedienen lassen, ist das weit entfernte Verwandte der table Technik einfach zu übertrafen. Was nützt ein Touchscreen, der die Hand von der Unterhaltung entfernt an der Wohnzimmerwand

Welche Krise?

Der Chemiebranche geht es blendend **VON JUTTA HOFFRITZ**

An den Börsen donnert und blitzt es, und alle fragen sich, wann das Gewitter die Realwirtschaft erfassen wird. Gespannt blicken die Experten auf die Chemieindustrie. Denn egal, ob im Konjunkturzyklus ein Hoch oder Tief bevorsteht – die Umsätze von BASF, Bayer & Co. steigen oder fallen stets zuerst.

Der Grund: Die Chemiehersteller produzieren das, was alle anderen zum Produzieren brauchen. Und wenn etwa die Manager der Automobil-, der Elektro- oder Bauindustrie den Eindruck haben, den Kunden verginge die Lust am Hausbau oder am Kauf von Autos und Computern, dann bestellen sie vorsichtshalber keine Kunststoffe und Chemikalien mehr, sondern räumen erst mal ihre Lager leer. Und während die anderen noch die letzten Aufträge abarbeiten, herrscht in der Chemie bereits schwere Flaute.

Die Branche ist begreiflicherweise wenig begeistert von dieser Rolle als Wetterbote, weshalb sie auch schon viel unternommen hat, um sich unabhängiger vom Auf und Ab der Konjunktur zu machen: allen voran der Bayer-Konzern, der in den vergangenen zehn Jahren gewaltig umbaute. So gaben die Leverkusener 2005 große Teile ihres Kunststoffgeschäfts ab. Dafür stärkten sie andere Bereiche, die sie für krisenresistent hielten: das Landwirtschaftsgeschäft (durch die Übernahme der Aventis-Spritzmittel und -Gensaat im Jahr 2002) und vor allem die Gesundheitssparte. Frei nach dem Motto »Krank werden die Leute immer«, schlug Bayer hier sogar gleich zweimal zu: die Leverkusener kauften nicht nur die rezeptfrei-

en Arzneien von Roche (2004), sondern auch den Konkurrenten Schering-Plough.

Bei BASF ging man etwas anders vor. Die ne Pharmatochter Knoll galt als hoffnungsloser Fall und wurde von Abbott verkauft. Auch im Stan- deren Geschäfte weichen, zuletzt die Styrolkunststoffe. Dafür tätihafener mehrere Großinvestitionen. So kauften sie etwa den Katalysatorenhersteller Engelhard (2006) und den Arznei- und Kosmetikzutatenerhersteller Cognis (2010) – immer ausdrücklich in der Hoffnung auf geringere Zyklicität.

Momentan laufen die Geschäfte sehr gut. So gut, dass Branchenführer BASF in diesem Jahr ein »signifikantes« Wachstum beim Umsatz erwartet – und das, obwohl der Konzern schon 2010 mehr verkaufte als jemals zuvor. Bei Bayer Optimismus sogar in Zahlen und sieben Prozent Umsatzzuwachs. Und in den sieben Prozent Umsatzzuwachs. Und in den sieben Prozent Umsatzzuwachs. Denn in der Vorhersage für den nächsten Monat geht der Verband der Chemischen Industrie mit einem Prozent Umsatzzuwachs aus. »Höchstmarken« ist da die Rede von der Pharmabranche, die seit zwanzig Jahren S